UN – Keine direkten Gesundheitsschäden durch Fukushima

geschrieben von Lüdecke | 3. Juni 2013

Nach dem Atomunfall von Fukushima war die Angst vor Folgen wie vermehrtem Schilddrüsenkrebs groß. Jetzt gibt die UN (UNSCEAR-Report) Entwarnung: Nach einer ersten Untersuchung sind keine direkten Gesundheitsfolgen nachweisbar (hier), (hier), (hier), (hier), (hier).UNSCEAR ist die UN Organsiation zur Erforschung der biologischen Folgen radioaktiver Strahlung *).

Wegen des Atomunfalls von Fukushima werden nach UN-Einschätzung weder mehr Menschen sterben noch vermehrt an Krebs erkranken. Die Katastrophe vom März 2011 habe keine direkten Gesundheitsfolgen für die Bevölkerung, heißt es in einer ersten umfassenden Untersuchung der Vereinten Nationen.

Grund sei die schnelle Evakuierung des Gebiets durch die japanischen Behörden gewesen, sagte der Vorsitzende des wissenschaftlichen Komitees

der Vereinten Nationen für die Folgen von Strahlung (UNSCEAR), Wolfgang Weiss, in Wien.
180 Wissenschaftler aus 27 Ländern haben bei UNSCEAR den Fukushima-Bericht erarbeitet. Der Abschlussbericht ist für den Herbst 2013, rund zweieinhalb Jahre nach dem Unfall bei den UN in New York vorgesehen.
Nach Einschätzung der Wissenschaftler leiden die Menschen psychisch unter der Evakuierung, nicht aber gesundheitlich infolge von Strahlenbelastung. «Die Erfahrungen von Tschernobyl haben uns gezeigt, dass neben einer möglichen direkten Auswirkung auf die Physis, die sozialen Folgen mit den einhergehenden Gesundheitseffekten in der

betroffenen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit brauchten», sagte UNSCEAR-Chef Carl-Magnus Larsson.
«Wir sehen statistisch keine direkten Risiken oder Gesundheitsfolgen», sagte Weiss. Nach der Katastrophe habe die zusätzliche Strahlenbelastung durch den Unfall für die meisten Japaner

unter der natürlichen Umgebungsstrahlung

gelegen. Man

gehe auch nicht davon aus, dass man künftig Krebserkrankungen auf den Unfall zurückführen könne. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sei die

Strahlenbelastung deutlich höher gewesen. Der Bericht ermittelt den statistischen Schnitt. Daher wollte Weiss nicht völlig ausschließen, dass einzelne Personen wegen

einer zu hohen Strahlendosis an Krebs erkranken könnten: «Wir können nicht die Gesundheit von 60 000 Menschen individuell in jeder einzelnen Lebenszeit

verfolgen.»
Doch
statistisch
erhöhe sich die
Rate nach den
bsiherigen
Untersuchungen
nicht.
Der Großteil
der Daten
stammt von
japanischen

Behörden, aber auch die USA, die Weltgesundheitsorganisation WHO und die Internationale Atomenergiebehörde IAEA hätten Informationen beigetragen. Die Aussagen

des Berichts basierten hauptsächlich auf Rechenmodellen, Umweltmessungen und individuellen medizinischen Untersuchungen. «Das heißt nicht, dass wir

alles haben was wir gerne hätten», sagte Weiss. In Tschernobyl hätten sich manche Auswirkungen erst fünf Jahre nach dem Unfall gezeigt.
Zur generellen

Aussagekraft von Untersuchungen zur Auswirkung von Radioaktivität auf den Menschen sagte Weiss in einem dpa-Gespräch: «Wir haben uns 50 Jahre damit

befasst, aber das heißt nicht, dass wir alles wissen. Das gilt sowohl für ganz hohe Strahlenexpositionen wie auch den niedrigen Dosisbereich.» Umstritten sei beispielsweise,

ob man bei niedrigen

Dosen überhaupt von einem

Effekt auf das Krebsrisiko

sprechen können:

Es sei wissens

chaftli
ch
nicht
haltbar
, einen
Krebs,

der 30 oder 40 Jahre später auftrete, mit

einer lang zurückliegenden niedrig

en Strahlenbelastung begründen zu

wollen.

Kommentar von EIKE:

Zur schnell

en Evakuierung und den entsprechenden

Verlautbarungen von Wolfgang Weiss (UNSCEA

R) sei eine Anmerkung erlaubt: die

schnellen Evakuierungen waren politis

chem Druck geschuldet, sachlich waren

sie
weitest
gehend
unnötig
—
sowohl

in Tschernobyl als auch in Fukushi

ma (hier). Als Folgen der Evakuie

rungen waren im Übrigen tatsächlich

Todesfälle zu beklagen. Dennoch ist für

all diese Maßnahmen Verständnis zu

fordern

.

Welche Behörde würde das

Risiko eingehen, später wegen Untätig

keit an den Pranger gestellt zu werden,

auch
wenn
die
Gründe
noch so
sachger

echt gewesen waren. Auch die Verlaut

barung von Wolfgang Weiss geht in Ordnung

. Es ist sicher weder im Interes

se,
noch
gehört
es zur
Aufgabe
nstellu

ng der UNSCEAR, Behörden oder Regieru

ngen
wegen
gut
gemeint
er
Maßnahm

en zu desavouieren. Den Fachleuten war

dies
alles
bereits
seit
langem
bekannt

(hier). Hierzu darf auf unsere unbedin

gt empfehlenswerte Reihe in den EIKE-

News (Energie) "100 Gründe und 100 gute

Antworten" verwiesen werden, die

immer noch läuft, ferner auf die in EIKE

veröffentlichten Artikel von Paul

Schoeps (hier), (hier) und (hier). Aber

auch der Autor geht in seinem jüngst

erschienenen Buch "Energie und Klima,

Chancen, Risiken, Mythen" besonde

rs
ausführ
lich
auf die
Strahle
neinwir

kungen der beiden Kernkraftwerksunglück

e Tschernobyl, Fukushima und auf die

der beiden Kernwaffenabwürfe von Hiroshi

ma und Nagasaki ein, aus denen die

UNSCEAR ihre heute bereits sehr zuverlä

ssigen Angaben über die reale Gefährd

ung radioaktiver Strahlung ableite

t (hier). Eine realistische Angabe

zur Gefährdung durch radioktive

Strahlung ist somit verfügbar, und das

Stammtischnive au, mit dem grüne Politik

die Bevölkerung über Kernkraftwerke

,

Endlage
rgefahr
en und
weitere
s mehr

täuscht
,
könnte
eigentl
ich
einer

rationalen, realistischen Betrachtung

Platz machen. Infolge jahrhrzehntelanger

Täuschungspropaganda von grünen Ideolog

en,
unterst
ützt
von den
Medien
– man

braucht sich hierzu nur die Besetzungen

der Leitungsfunktionen in den großen

Rundfunk- und Fernsehanstalten anzuseh

en –
ist mit
einer
Änderun
g wohl
erst in

biologischen Zeitspannen, d.h. nach

Ausscheiden dieser Leute aus Altersg

ründen zu rechnen . Bleibt nur

noch eine Anmerkung zur Aufgabe der

weltweit sichersten Kernkraftwerke

in Deutschland. Unsere Nachkommen

werden sich über diese größte Dummhei

t der deutschen Energiepolitik aller

Zeiten die Haare raufen. Die Verantw

ortlich
en sind
dann
leider
nicht
mehr

zur Rechenschaft zu ziehen, an

erster Stelle eine Bundeskanzlerin mit –

man staunt – naturwissenschaftlich

er Promotion. Machtpolitisches

Kalkül wurde von ihr entgegen dem Amtseid

, dem Wohl des deutschen Volkes

zu dienen, rationaler, sachgemäßer

Politik vorgezogen und – entgegen

geltend
em
Recht
und von
"grünem
Zeitgei

st"
getrieb
en –
zugelas
sen,
dass

inzwischen ganze Industriezweige, wie

Kernenergie und Kohle diffamiert und

abgewickelt werden**). Prof. Dr.

Horst-Joachim Lüdecke EIKE-Pressesprecher

*) Der Autor als ausgebildeter Kernphy

siker kann es natürlich nicht lassen:

Die Bezeichnung UNSCEAR, in der die

letzten beiden Buchstaben "atomic radiati

on" besagen, ist etwas schräg. Richtig

wäre "nuclear radiation". Dann

hätte aber die Abkürzung UNSCEAR

fünf Konsonanten in Reihe, dies war

wohl der Grund.**)

Angesichts

bekannter, zum Teil ausgesprochen amüsant

er Diffamierungsversuche und zur Vermeid

ung von Missverständnissen erlaubt sich

der Autor zu betonen, ohne Weitere

s weder ein besonderer Freund der

Kern-
noch
der
Kohlein
dustrie
noch

irgendeiner anderen Industrie zu sein.

Er ist vielmehr besonderer Freund

JEDER Industrie, die unter den Kriteri

en von WIRTSCHAFTLICHKEIT, SICHERHEIT,

NATUR- und LANDSCHAFTSSCHUTZ zur Wertsch

öpfung
und
damit
dem
Wohlsta
nd

unseres Landes beiträgt. Kern- und

Kohleindustrie mit Anlagen auf dem heutige

n Stand gehören seiner Auffassung nach

dazu, Windradindustrie generell nicht

(Verfehlen der Wirtschaftlichkeit und des

Natur- und Landschaftsschutzes). Die

erforderlichen Kriterien der Nützlichkeit

von Energie - Industrien sind in

seinem o.g. Buch beschrieben und

belegt.